



Kreis Mettmann
Der Kreistag

Ausschuss für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Es informiert Sie:	Cornelia Brinkhoff
Telefon:	02104/99-1633
Fax:	02104/99-4575
E-Mail:	cornelia.brinkhoff@kreis-mettmann.de

Mettmann, den 16.05.2023

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Ordnungsangelegenheiten und Verbraucherschutz

Sitzungstermin Donnerstag, den 11.05.2023, 16:30 Uhr

Sitzungsort Kreishaus Mettmann, Düsseldorfer Straße 26, 40822 Mettmann, Zimmer 1.601 (großer Sitzungssaal)

Anwesend waren:

Vorsitz

Martina Köster-Flashar

Mitglieder

Markus Bösel ab 17:10 Uhr

Susanne Brandenburg

Dirk Brixius

Josef Ehrentraut

Dr. Tina Guenther

Tobias Horn

Rudolf Joseph

Marc Kammann

Dirk Kapell

Friedrich-Ernst Martin

Renate Petschull

Helmut Rohden

Siedi Serag ab 16:40 Uhr

Udo Switalski

Dietmar Weiß

Hans-Gerhard Winter

Verwaltung

Cornelia Brinkhoff

Nils Hanheide

Daniela Hitzemann

Florian Peters

Daniela Reuther

Thomas Tödter

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

1. Formalien
 - 1.1. Eröffnung der Sitzung
 - 1.2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung
 - 1.3. Feststellung der Anwesenheit
 - 1.4. Feststellung der Beschlussfähigkeit
 - 1.5. Feststellung der Tagesordnung
 - 1.6. Benennung von Berichterstatterinnen / Berichterstattern für den Kreistag
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2023
3. Informationen der Verwaltung
4. Betriebsabrechnungen 2019 und 2020 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann 38/002/2023
5. Betriebsabrechnung 2021 der Kreisfeuerweherschule Mettmann 38/003/2023
6. Beitritt der Stadt Neuss zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zum Betrieb einer Kreisfeuerweherschule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes 38/005/2023
7. Anpassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Gründung und zum Betrieb einer Feuerweherschule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes 38/004/2023
8. Aktuelle Situation im Ausländeramt 33/001/2023
9. Nachträge

Nicht öffentlicher Teil

10. Informationen der Verwaltung
11. Nachträge

Öffentlicher Teil

Zu Punkt 1: Formalien

Die Vorsitzende, Frau KA Köster-Flashar, eröffnet die Sitzung um 16:30 Uhr und stellt fest, dass die Mitglieder ordnungsgemäß geladen worden sind.

Anschließend stellt sie die Anwesenheit unter Berücksichtigung der Vertretungen sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Frau KA Dr. Guenther vertritt Frau KA Gafari, Herr KA Hoffmann wird von Herrn KA Joseph vertreten. An Stelle von Herrn KA Gartmann nimmt Frau KA Brandenburg an der Sitzung teil.

Die Tagesordnung wird festgestellt.

Für die Tagesordnungspunkte 4, 6 und 7 wird als Berichterstatter für den Kreistag Herr KA Brixius von der SPD-Fraktion benannt.

Zu Punkt 2: Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 02.03.2023

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift zur Sitzung vom 02.03.2023 einstimmig.

Zu Punkt 3: Informationen der Verwaltung

Herr Hanheide berichtet über einen unmittelbar vor der Sitzung erfolgten Einsatz von Feuerwehr, Polizei und Rettungsdienst in Ratingen-West, bei dem mehrere Personen zum Teil vermutlich schwerste Verletzungen davongetragen haben.

Es habe sich ursprünglich um einen Routineeinsatz gehandelt, bei dem über eine möglicherweise hilflose Person in einer Wohnung informiert wurde. Nach erfolgter Türöffnung haben die Einsatzkräfte eine verbarrikadierte Wohnung vorgefunden. Da kein Lebenszeichen einer Person ausgemacht werden konnte, sei die Barriere überwunden worden. Daraufhin sei den Einsatzkräften eine Flammenwand entgegengeschlagen, wodurch mehrere Personen teils schwerstverletzt wurden. Der Wohnungsinhaber, welcher augenscheinlich für die Geschehnisse verantwortlich zu sein scheint, sei anschließend überwältigt worden. Letztlich sei in der betreffenden Wohnung zudem eine tote Person vorgefunden worden. Alles Weitere werden nun die Ermittlungen ergeben.

Entscheidend sei zunächst, dass die verletzten Personen wieder genesen. Der Einsatz verdeutliche, mit welchen gefährlichen und unvorhersehbaren Situationen die Einsatzkräfte konfrontiert seien.

Frau KA Köster-Flashar spricht den Betroffenen im Namen des Ausschusses beste Genesungswünsche aus.

Zu Punkt 4: Betriebsabrechnungen 2019 und 2020 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann - Vorlage Nr. 38/002/2023
--

Herr Hanheide führt aus, dass die Erstellung der Betriebsabrechnungen einer umfangreichen Abstimmung bedurfte und dem Ausschuss daher erst kurzfristig zur Verfügung gestellt werden konnte. Auch musste das neue Gefahrenabwehrzentrum in seiner Komplexität in die Abrechnung einfließen. Nun liege eine umfassende Berechnung vor, der auch das Rechnungsprüfungsamt zugestimmt habe.

Beide Betriebsabrechnungen weisen einen Gebührenüberschuss auf, der bei der Gebührenberechnung zu beachten sei. Ob eine Senkung der Gebühren möglich ist, hänge aber auch von der Kostenentwicklung ab.

Einige Krankenhäuser hätten bereits signalisiert, sich an einer erneuten Ausschreibung für das Notarztsystem nicht beteiligen zu wollen. Es werde immer schwieriger und kostenintensiver Personal zu finden. Auch dies sei ein Aspekt, der bei einer möglichen Gebührensenkung zu beachten sei.

Zudem werde die Einschränkung des Leistungsspektrums der Krankenhäuser im Rahmen der geplanten Neuerungen in der Krankenhauslandschaft voraussichtlich Auswirkungen auf die Notarztverfügbarkeit haben.

Nicht nur daher werde seitens der Verwaltung vorgeschlagen, den Überschuss der Gebührensrücklage zuzuführen.

Herr Hanheide äußert sich zuversichtlich, dass auch die Betriebsabrechnung 2021 noch in diesem Jahr zur Abstimmung gebracht werden kann.

Herr KA Brixius stellt klar, dass der Überschuss aus einer erhöhten Fallzahl resultiere. Da eine genaue Kalkulation zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei, schließe sich die SPD-Fraktion dem Vorschlag der Verwaltung an.

Frau KA Köster-Flashar betont, dass hier die Gesamtsituation zu betrachten sei und regt an, zukünftig auch die Bettenplanung einzubeziehen.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die sich aus den Betriebsabrechnungen für die Jahre 2019 und 2020 für das Notarztsystem des Kreises Mettmann ergebenden Überschüsse in Höhe von 704.393,44 Euro (2019) sowie 368.387,41 Euro (2020) werden gemäß § 44 Absatz 6 der Kommunalhaushaltsverordnung NRW (KomHVO NRW) zeitversetzt dem Sonderposten „Gebührenausgleich Notarztsystem“ in gleicher Höhe zugeführt.

Buchungsrelevant im Jahresabschluss 2022 wird lediglich der Differenzbetrag zu den vorläufigen Zuführungen aus den Jahresabschlüssen 2019 und 2020. In Summe beträgt die zusätzliche Zuführung daher 155.066,57 Euro.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 5: Betriebsabrechnung 2021 der Kreisfeuerweherschule Mettmann - Vorlage Nr. 38/003/2023

Herr Hanheide erläutert, dass die Betriebsabrechnung dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben werde, da dieser das ganze Verfahren zur Inbetriebnahme der Kreisfeuerweherschule begleitet hat.

Die Abrechnung entspreche annähernd der zugrunde gelegten Kalkulation, was der hervorragenden Arbeit des Fachbereichs zu verdanken sei.

Der kleinere Fehlbetrag sei durch den zeitlichen Verzug beim Beginn der Lehrgänge zu erklären und werde in Folge wieder ausgeglichen.

Die Kreisfeuerweherschule sei nach wie vor weit überbucht, was den Erfolg belege. Auch die Lehrmethoden erfahren viel Anerkennung.

Der Ausschuss nimmt die Betriebsabrechnung 2021 der Kreisfeuerweherschule Mettmann zur Kenntnis.

**Zu Punkt 6: Beitritt der Stadt Neuss zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zum Betrieb einer Kreisfeuerweherschule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes
- Vorlage Nr. 38/005/2023**

Aufgrund des vorliegenden Schreibens der Stadt Neuss führt Herr Hanheide aus, dass in der Kreisfeuerweherschule nur wenige hauptamtlich Lehrende tätig sind. Der überwiegende Teil des Unterrichts werde durch Kräfte der Feuerwehren abgedeckt. So werde der Themenbereich „Höhenrettung“ durch Feuerwehrkräfte der Stadt Neuss abgedeckt.

Seitens der kreisangehörigen Städte sei die Befürchtung geäußert worden, dass die Aufnahme weiterer Städte zu Lasten des Ausbildungsbedarfs der kreisangehörigen Städte gehen könnte. Daher habe man sich darauf verständigt, dass kreisexterne Städte zusammen nur eine Stimme im Ausbildungsbeirat erhalten werden.

Herr KA Brixius erkundigt sich, ob bisher weitere Anfragen zu einem Beitritt zum öffentlich-rechtlichen Vertrag vorliegen, was Herr Hanheide verneint.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Dem Beitritt der Stadt Neuss zum öffentlich-rechtlichen Vertrag zum Betrieb einer Kreisfeuerweherschule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

**Zu Punkt 7: Anpassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zur Gründung und zum Betrieb einer Feuerweherschule für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes
- Vorlage Nr. 38/004/2023**

Herr Hanheide weist darauf hin, dass sich die Vertragsparteien aufgrund der zwischenzeitlich vorliegenden Praxiserfahrungen auf einige Anpassungen im Vertragstext geeinigt haben.

Auf Nachfrage von Herrn KA Kammann führt Herr Hanheide aus, dass aufgrund der verkürzten Anfangszeiten der Lehrgänge eine erhöhte Teilnehmerzahl von 60 Personen ermöglicht werden konnte. Hinsichtlich der Raumkapazitäten und der begrenzten Anzahl von Lehrenden könne die Teilnehmerzahl nicht weiter erhöht werden.

Beschlussvorschlag für den Kreistag:

Die Änderungsfassung des öffentlich-rechtlichen Vertrages zwischen dem Kreis Mettmann und den kreisangehörigen Städten Erkrath, Haan, Hilden, Mettmann, Ratingen und Velbert sowie der Stadt Neuss zum Betrieb einer Feuerwehrschiele für die Ausbildung der Laufbahngruppe 1.2 des feuerwehrtechnischen Dienstes (Anlage 2 der Vorlage) wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu Punkt 8: Aktuelle Situation im Ausländeramt - Vorlage Nr. 33/001/2023
--

Frau KA Köster-Flashar begrüßt Frau Reuther als neue stellvertretende Leiterin des Ausländeramtes. Frau Reuther stellt sich dem Ausschuss kurz vor.

Herr Hanheide äußert sich erfreut, dass Frau Reuther für diese Position gewonnen werden konnte, da es nicht einfach sei, erfahrenes Personal für diesen Bereich zu finden. Es sei geplant, weitere Führungsstellen im Ausländeramt neu zu besetzen, vorzugsweise mit eigenen Mitarbeitenden, auch wenn dann neues Personal für die nachgeordneten Stellen gefunden werden müsse. Dennoch sei diese Vorgehensweise auch aus Gründen der Mitarbeiterförderung vorzuziehen.

Anschließend erläutert Herr Peters einige Aspekte der vorab zur Verfügung gestellten Statistik anhand einer PowerPoint-Präsentation (Anlage).

Frau KA Köster-Flashar dankt für die Ausführungen und lobt die bereits angestoßenen Maßnahmen.

Herr KA Brixius schließt sich dem Dank an und erkundigt sich nach der Lage der Kreis-Service-Center.

Daraufhin führt Herr Hanheide aus, dass die Kreis-Service-Center ursprünglich einen Ersatz für die weggefallenen Ausländerbehörden in Ratingen und Velbert darstellten. Insbesondere aus Gründen des Personalmangels seien diese jedoch zuletzt nicht mehr funktionsfähig gewesen. Zudem seien die genutzten Räumlichkeiten in den Rathäusern durch die Städte zurückgefordert worden.

Nun müsse geklärt werden, welche Prozesse sinnvollerweise zukünftig in den Kreis-Service-Centern angeboten werden könnten. Zudem müsse bei einer erneuten Einrichtung der Kreis-Service-Center ein dauerhafter Betrieb gewährleistet werden können. Dies lasse die personelle Situation aktuell jedoch nicht zu.

Bezüglich der Arbeitsmarktintegration erkundigt sich Herr KA Kapell nach den Gründen für die rückläufigen Zahlen.

Herr Peters erläutert, dass die Ausbildungsduldungen nur deshalb rückläufig erscheinen, da die Anträge bereits vor dem 30.06.2022 für den Ausbildungsbeginn 01.08.2023 bearbeitet wurden. Die Anträge für den nächsten Ausbildungsbeginn sind aktuell noch nicht berücksichtigt. Zudem können viele potentielle Antragsteller vorrangig unter das Chancenaufenthaltsrecht fallen, was von diesen gern angenommen wird.

Auf Nachfrage von Herrn KA Brixius führt Herr Peters aus, dass Duldungen im Regelfall um drei Monate verlängert werden. Dauerduldungen, die bei Personen ausgestellt werden, bei denen eine Abschiebung zunächst nicht möglich ist, werden regelmäßig um sechs Monate verlängert. Die Duldungen von Personen, deren Ausreise unmittelbar bevorstehe, werden für einen kürzeren Zeitraum verlängert.

Herr KA Switalski fragt, wie sich die personelle Situation verändert hat und wie sich der aktuelle Stand der Stellenbesetzung darstellt.

Herr Peters teilt mit, dass momentan ungefähr 70 Planstellen besetzt und rund 20 Personen mit Zeitverträgen beschäftigt seien. Zudem gehen qualifizierte Bewerbungen zu ausgeschriebenen Stellen ein.

Frau KA Dr. Guenther regt an, bei Sprachproblemen Übersetzungsprogramme zu nutzen, anstatt eine Dolmetscherin oder einen Dolmetscher hinzuzuziehen.

Herr Peters verweist darauf, dass viele Kunden bei der Vorsprache bereits eine Person mitbringen, die als Dolmetscher fungieren kann. Da Rahmenverträge mit verschiedenen Übersetzungsbüros bestehen, stelle es in der Regel kein Problem dar, eine übersetzende Person hinzuzuziehen. Wenn in einem Gespräch rechtsverbindliche Angelegenheiten zu besprechen sind, komme es zudem auf eine rechtssichere Übersetzung der besprochenen Inhalte an. Die Schwierigkeit bestehe in der Regel nicht in der Verfügbarkeit einer Dolmetscherin oder eines Dolmetschers. Vielmehr stelle die Masse und die Komplexität der Fälle die Schwierigkeit in der Sachbearbeitung dar.

Zur Herkunft der Duldungsinhaber (Statistik Nr. 5 der Vorlage) bittet Frau KA Brandenburg um Erläuterung des Eintrags „ungeklärt“.

Herr Peters erklärt, dass die Staatsangehörigkeit der Personen nicht immer geklärt werden könne. Teilweise geben Personen eine Staatsangehörigkeit an, die von dem betroffenen Land jedoch negiert werde. Andere Personen weigern sich, der Behörde ihre Staatsangehörigkeit mitzuteilen. So lange nicht nachweisbar ist, dass eine Person tatsächlich im rechtlichen Sinne staatenlos ist, werde sie mit Herkunft „ungeklärt“ geführt.

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen.

Zu Punkt 9: Nachträge

Keine.

Die Nichtöffentlichkeit wird um 17:29 Uhr hergestellt.

Nicht öffentlicher Teil

[...]

Ende der Sitzung: 17:38 Uhr

gez.
Martina Köster-Flashar

gez.
Cornelia Brinkhoff